

# Geben ist strafbar, nehmen auch

Norwegen plant Verbot für Bettler – sogar mildtätigen Bürgern droht Gefängnis

VON ANDRÉ ANWAR

**OSLO.** Können Nächstenliebe und Barmherzigkeit Sünde sein? In Norwegen, dem reichsten Land Europas, schon. Denn die stramme Regierung aus Konservativen und Rechtspopulisten hat Bettlern aus armen EU-Ländern den Kampf angesagt. Die Hauptstadt Oslo hatte schon im vergangenen Jahr ein Bettelverbot ausgesprochen, nun soll es auf das ganze Land ausgedehnt werden.

Sogar das Geben von Almosen an Bettler will die Regierung künftig unter Strafe stellen. Wer Bettlern hilft, soll mit bis zu einem Jahr Gefängnis bestraft werden. Strafbar ist laut dem Regierungsentwurf jede Art von Gabe, die Bettelei erleichtert, ob es sich nun um Geld oder eine Herberge handelt.

Derzeit tobte eine breite gesellschaftliche Debatte im Norden Europas. Zahlreichen Norwegern sind zwar die Rumänen im Straßenbild ein Graus, mit dem Doppelschlag gegen das Betteln hofft mancher, das Image des sauberen Wohlfahrtsstaates bewahren zu können.

Kritiker dagegen befürchten, dass das neue

Verbot als Keule gegen alle ausländischen Bettler und mildtätigen Menschen instrumentalisiert wird.

Inger Husby aus Oslos Vorort Böler lädt Bettler immer wieder in ihr Haus ein. Nun hat sie Angst, dass die Polizei ihr deshalb bald nachstellen könnte. „Die haben hier mehrmals übernachtet, bekommen Mittagessen, und ich fülle ihre Tassen mit Kakao“, sagt sie in einem Fernsehinterview. Bald könnte die liebevoll „Mama Inger“ genannte Dame ins Gefängnis wandern.

„Beispiel für die Mitwirkung kann unter anderem sein, wenn eine Person Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt“, heißt es in der Gesetzesinitiative des von den Rechtspopulisten geführten Justizministeriums ein wenig umständlich.

Das Verbot von Betteln und der Beihilfe wird vermutlich noch vor diesem Sommer in Gesetzesform gegossen.

Allerdings lässt sich „Mama Inger“ nicht ab-

schrecken. „Ich würde noch mehr helfen, wenn die das wirklich verbieten sollten. Man kann doch Leute nicht bestrafen, die anderen helfen, die es schlechter haben“, sagt die resolute Dame. „Wenn die mich ins Gefängnis stecken wollen, bitte schön.“

„Es geht hier um aktive Beihilfe zu einer Aktivität, die wir wegbekommen wollen“, verteidigt der rechtspopulistische Staatssekretär im Justizministerium, Vidar Brein-Karlsen, den Vorstoß. Es gehe vor allem darum, organisierte Bettelei zu bekämpfen. Da müsse man an die Organisatoren ran, diejenigen, die die Bettler nach Norwegen holen.

Marianne Borgen von der Linkspartei kritisiert, dass laut den Definitionen der Rechtspopulisten schon zwei Bettler, Vater und Sohn, als organisierte Bande gelten würden. „Das löst doch keines der grundlegenden Probleme, um die es bei Armut geht“, sagt sie. „Europas reichstes Land kriminalisiert die ärmsten Menschen.“ Auch die anderen Oppositionsparteien – Sozialdemokraten und Christdemokraten – haben sich gegen den Vorstoß gestellt.

Unerwartete Unterstützung könnte von der Zentrumsparterie, die eigentlich die Regierung unterstützt, kommen. „Beihilfe zur Bettelei unter Strafe zu stellen ist inakzeptabel. Es kann nicht strafbar sein, Menschen Kleider, Essen und ein Dach über dem Kopf zu geben“, so Fraktionschefin Marit Arnstad. Vielleicht hat Mildtätigkeit somit in Norwegen doch noch eine Zukunft.



**Eine Spende? In Norwegen könnte das bald strafbar sein.** Foto: dpa

Fenster schließen

Ausschnitt drucken